

Neues aus dem „Wutbürgertum“

In den letzten Wochen beherrschten Bilder von der revoltierenden Jugend mehrerer europäischen Metropolen die Titelseiten und Homepages der Medienwelt. Brennenden Autos, plündernde Demonstranten, Straßenschlachten mit Polizisten, das sind visuelle Leckerbissen für die Profis von den Newsdesks. Dahinter traten die im letzten Jahr hierzulande noch viel beachteten „Wutbürger“ ein wenig zurück. Denn der bundesdeutsche „Wutbürger“ gilt gegenüber dem jungen englischen „Sozialrebell“ oder den französischen „jeunes de banlieus“ doch eher als schon etwas gesetzter Typus, weniger viril und militant, dafür stärker kleinbürgerlich und mosernd.

Doch sind die „Wutbürger“ zwischen Stuttgart und Hamburg natürlich nicht verschwunden. Im alternden Deutschland werden sie auch in den nächsten Jahrzehnten vermutlich stärker Akteure der Unzufriedenheit und des Protests bleiben als die Kleingruppe juveniler Nachwuchskohorten in dieser Republik. Weiterhin gilt allerdings, dass der Begriff des „Wutbürgertums“ denkbar schillernd und analytisch unscharf ist, dass das Panorama „wutbürgerlicher“ Aktionsformen und Anliegen auch deshalb schwer überschaubar, da weit gesteckt ist. Es reicht von Initiativen, wie die Opposition gegen Stuttgart21, welche Motoren für Wahlerfolge der Grünen wurden, bis hin zu Kampagnen, wie diejenigen gegen Windräder, welche eher mit einem Kernpostulat der grünen Atomkraftgegner in Hader geraten (könnten). Wohin sich das alles politisch bewegt und sortiert, ob sich die einzelnen Elemente des Dissens gegen spezifische Großprojekte vereinheitlichen oder aber durch verschiedenartige Interessen auseinanderstreben, ist 2011 noch keineswegs deutlich, nicht seriös zu prognostizieren.

Daher soll hier nicht weiter spekuliert werden. Vielmehr sollen im Folgenden die empirischen Befunde einer großangelegten Untersuchung junger Forscherinnen und Forscher des „Göttinger Instituts für Demokratieforschung“ zur Zusammensetzung, zu den Einstellungsmustern wie Orientierungen von Zugehörigen verschiedener Protestgruppen präsentiert werden. Die Göttinger Wissenschaftler wandten sich, im Juni dieses Jahres, mit ihren Erhebungsbögen a) republikweit an die Vertreter und Sprecher von Initiativen gegen Windräder und Freileitungen, b) an die Teilnehmer einer „Großdemonstration“ „Pro Erdkabel“ in Hannover gegen Hochspannungsleitungen, c) an die Demonstranten gegen den Ausbau des Flughafens Berlin Brandenburg, schließlich d) an die Mitwirkenden bei den fortdauernden Proteste gegen das unterirdische Bahnprojekts in Stuttgart. Insgesamt konnte ein Rücklauf von gut 2.000 Stellungnahmen ausgewertet werden.

Beginnen wir mit Stuttgart. Dort war die Göttinger Gruppe bereits im Herbst 2010, schon vor dem Schlichtungsverfahren und noch zu Zeiten der CDU/FDP-Regierung von Herrn Mappus. Man hätte seither eine Radikalisierung der politischen Überzeugungen, auch eine größere Distanz oder zumindest Enttäuschung über die vorsichtig lavierende grüne Regierungspraxis in Baden-Württemberg vermuten können. Aber die Daten belegen dergleichen nicht. Zwar äußerten sich 73 Prozent der Befragten enttäuscht über das Schlichtungsverfahren und dessen Resultat. Doch weitete sich die Frustration nicht gegen die neuen grünen Herren in der „Villa Reitzenstein“. Man zeigte ganz zufrieden mit der Arbeit der grün-roten Landesregierung, bewertete den Auftritt des Ministerpräsidenten Kretschmann gar noch ein wenig besser, schätzt vor allem den – in der Presse eher hämisch abgewerteten – Verkehrsminister Winfried Hermann.

In der Sozialstruktur der Protestierenden hat sich ebenfalls kaum etwas geändert. Fast zwei Drittel sind älter als 46 Jahre. Nahezu die Hälfte verfügt über einen Universitätsabschluss. Nur auf der Links-Rechts-Achse politischer Selbstzuordnung platzieren sich nun 30 Prozent der Bahnhofsgegner ganz links ein; vor einem halben Jahr taten dies lediglich 11,9 Prozent. Und es bleibt in Stuttgart ein Unmut individuell saturierter Menschen. Dreiviertel der Kundgebungsteilnehmer gegen Stuttgart21 aus dem frühen Sommer 2011 sind mit ihrer eigenen Situation durchaus zufrieden; mit der politischen Lage der Republik hingegen weit über 50 Prozent unzufrieden. Doch militant zu Werke möchte das Gros deshalb nicht gehen. Allein 15 Prozent betrachten Sachbeschädigung als geeignetes Mittel, um das ungeliebte Bahnhofsvorhaben zu obstruieren. Bemerkenswert indes ist die hohe Ambivalenz, die sich durch die einzelnen Protestbürger in der Frage der Partizipationsdemokratie zieht. Sie sind weit mehrheitlich für Volksabstimmung, glauben aber zu 80 Prozent nicht, dass mit diesem Instrument die Stuttgarter Malaise zufriedenstellend überwunden werden kann. Und: Nur 28 Prozent würden persönlich das plebiszitäre Votum anerkennen, wie auch immer es ausfallen mag.

Nun müssen Protestgruppen gegen Windkraft, obererdige Stromleitungen oder Flughafenerweiterungen weder sozialstrukturell noch normativ gleichen Charakters sein wie jene, die den Aufstand in der schwäbischen Metropole in Gang halten. Interessanterweise aber tragen all diese Initiativen ähnliche, ja verblüffend identische Züge.:

1. Die Protestteilnehmer sind nicht mehr die Jüngsten. 70 Prozent aller an den Studien beteiligten Personen haben das 45 Lebensjahr bereits hinter sich gelassen. Die Jahrgänge, die sonst üblicherweise das Ferment öffentlicher Empörung bilden, also die der 16 bis 25 Jährigen, sind nur zu 1,1 Prozent und damit nachgerade randständig wutbürgerlich unterwegs. In der Altersstruktur liegen im Übrigen die größten Differenzen zu den

Bürgerinitiativen der 1970er Jahre. Vor 40 Jahren dominierten die 25-40 jährigen; heute beherrschen die jungen Rentner – damals so gut wie gar nicht zu erblicken – das Bild des Bürgeraufbegehrens.

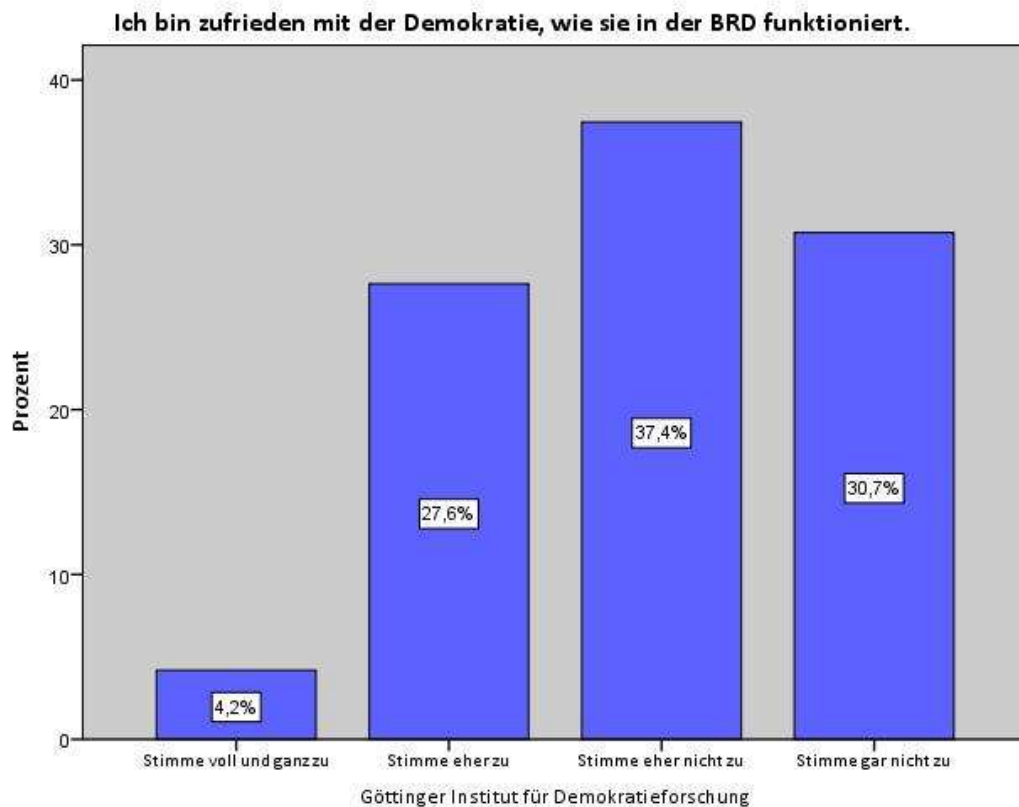
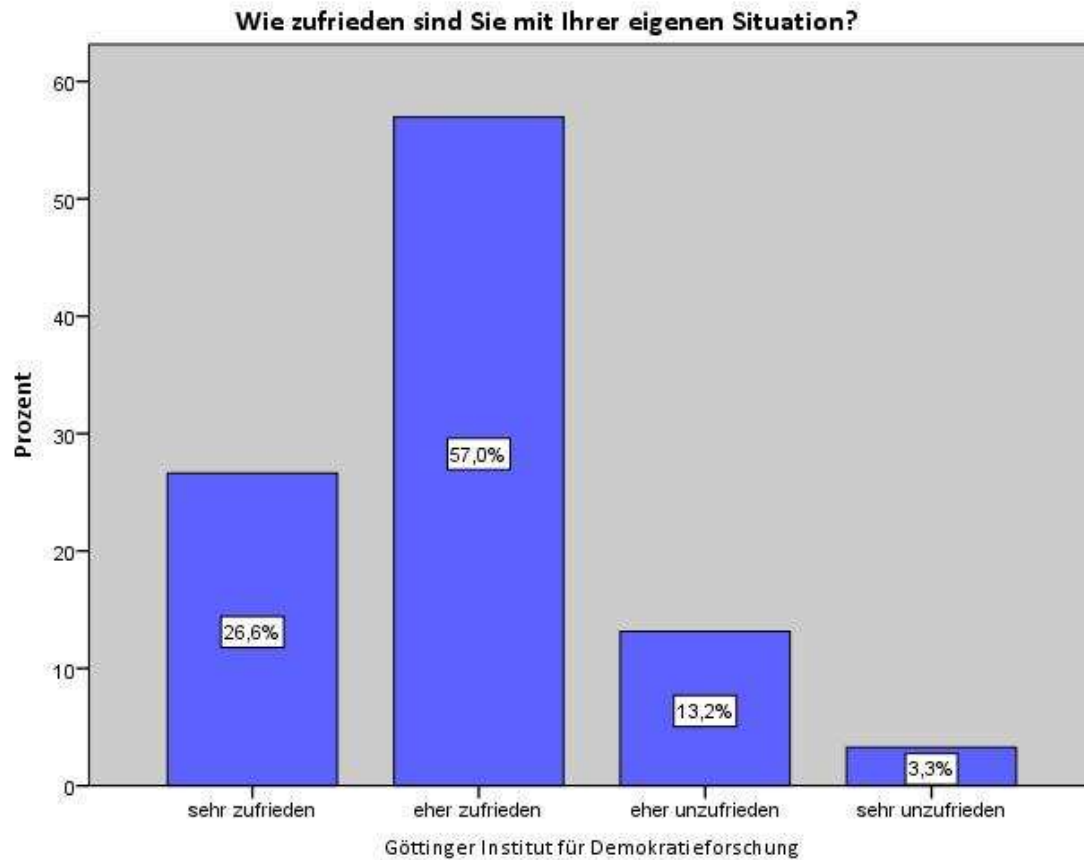
2. Die Protestaktivisten sind signifikant akademisch geprägt. Der Prozentsatz an Universitätsabsolventen liegt bei dem hier erkundeten Formationen zwischen 50 und 60 Prozent.
3. Die Protestzugehörigen können und mögen über die eigene soziale Lage nicht klagen. Die Gegner des Flughafens Schönefeld und der Hochspannungsleitungen drücken zu über 90 Prozent behagliche Zufriedenheit mit ihren materiellen Lebensumständen aus.
4. Ebenso ausgreifend aber äußern die Akteure des Protests ihr Unwohlsein über den realen Zustand der Demokratie in Deutschland, stärker noch über die politische Qualität der Parteien. Dass Parteien politische Probleme lösen können, halten nahezu 80 Prozent der Untersuchungsgruppe für (eher) unmöglich. Ihre Unzufriedenheit mit der Demokratie, wie sie hierzulande praktiziert wird, geben 68 Prozent zu Protokoll. Als gute Demokraten qualifiziert die übergroße Mehrheit sich dennoch selbst, da 96 Prozent auf ihre allgemeine Befürwortung demokratischer Grundwerte pochen.
5. Auf hohe Werte, die nie unter 80 Prozent liegen gelangen, bei den Unterstützern des Protests stets Maximen nach mehr Partizipationsmöglichkeiten, nach Volksbegehren und Volksentscheid.
6. Zugleich aber ist der Anteil aufbegehrender Bürger, die in größerem Umfang als bisher bürgerrechtlich auf allen Ebenen mitmischen wollen, doch erheblich geringer. Es sollte sich schon um genuine Alltagsprobleme ihrer selbst handeln. Dann aber möchten diese Bürger Entscheidungen nicht so sehr über plebiszitäre Vorgänge herbeigeführt sehen, in solchen Fällen geht es ihnen vielmehr darum, als „Betroffene“ Einflusskanäle im Gesetzgebungsverfahren für sich wirksam zu nutzen.
7. Denn natürlich sind die Handlungsmotive der Bürgerproteste nicht rundum altruistisch begründet, nicht allein von der selbstlosen Sorge um den Bestand der Fledermäuse, rarer Biotope, uralter Bäume angetrieben. Die umtriebigen Wortführer gegen Flughafenausbau, Windräder und Oberleitungen – ins Auge fällt der durchweg reaktive, bestandsverteidigende Wesenszug der bürgerlichen Auflehnung, was für revoltetbereite Jugendliche nicht sehr anziehend sein dürfte - -sind in bemerkenswert großem Umfang (von über 90 Prozent)

Grundstückseigentümer und Hausbesitzer. Sehr prosaisch formuliert: Die Immobilienwerte stehen auf dem Spiel, wenn Stromleitungen und bis zu 150 m hohe Windräder in einem bis dahin beschaulichen Kurort den Blick auf eine Caspar-David-Friedrich-Landschaft verstellen, wenn Flugzeuge die Ruhe der Anwohner empfindlich zu stören drohen.

8. So fällt auch die recht hohe Quote an Unternehmern (bei evidenter Marginalität von Arbeitern und Arbeitslosen) unter den Beteiligten des Protests auf. Ein anderer geradezu formativer Typus der „Bürgerwehrhaftigkeit“ ist der verrentete/pensionierte Ingenieur. Fortschrittsfeindlich ist er keineswegs. Er argumentiert jederzeit auf dem Stand höchster technischer Progressivität, um sich Stromtransporttechniken, die sein Umfeld bedrohen, mit „Fachverstand“ zu entledigen.

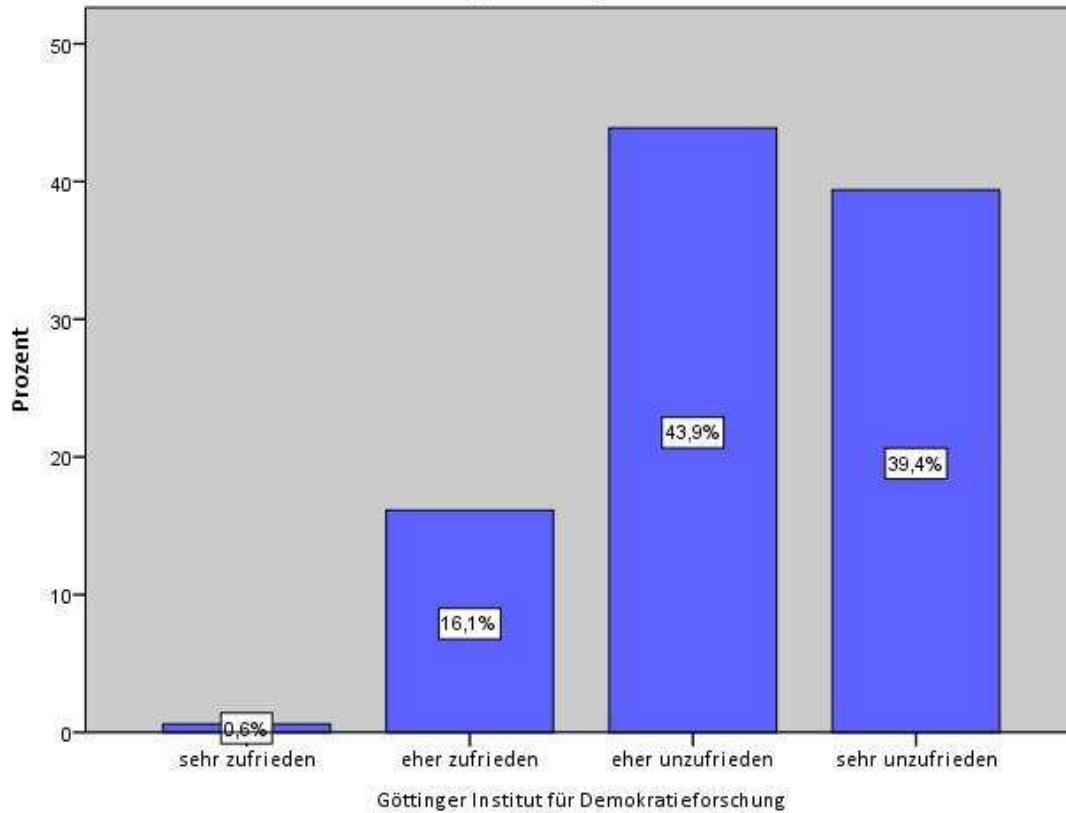
Die Partei dieses sozial und materiell durchaus privilegierten Protests war im frühen Sommer 2011 die Grünen. Wären im Juni Bundestagswahlen gewesen und hätte allein diese Gruppe abstimmen dürfen, dann wäre Jürgen Trittin wohl Bundeskanzler geworden. Auf die Grünen folgten dann bereits die „Freien Wähler“, als zweite Präferenz des aktiven Bürgeraufbegehrens. Das alte Establishment hingegen schien abgemeldet. Im „Wutbürgertum“ schafften Sozial- und Christdemokraten, als der Sommer 2011 begann, nur jeweils vier Prozent, scheiterten also gewissermaßen an der Fünf-Prozent-Hürde.

Das mochte eine Momentaufnahme gewesen sein, die besonders Politiker der Grünen nicht zum Übermut verleiten sollte. Denn im „zornigen Bürgertum“ lauert ein tief sitzendes Misstrauen gegen die überlieferte politische Repräsentation generell, wogegen auch Grüne keineswegs immun sind. Und die enragierten Bürger werden in den nächsten Jahren ein bleibendes Sozialphänomen darstellen. Denn sie sind protesterfahren, sie verfügen über hohe Qualifikationen und Kompetenzen, sie haben mittlerweile als „junge Alte“ reichlich Zeit – und sie vertreten handfeste, *eigene* Interessen. Eben das, der Interessenkern des Engagements, verleiht Bewegungen Fundament und Schlagkraft.





Wie zufrieden sind Sie mit der allgemeinen politischen Situation in der BRD?



Wenn heute Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?

